



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/163

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170 16. Juni 1953
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Ein schwerer Verlust für die SPD	S. 1
Vor fünf Jahren: Bruch Titos mit Moskau	S. 3
Die Wahlsituation in Bayern	S. 4

Dem Andenken Erik Nölting

(sp) Am Mittwochabend hatte Professor Erik NÖLTING, Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des Bundestages, in Haan im Rheinland in einer Versammlung das Hauptreferat gehalten. Noch im Saal befiel ihn eine Schwäche, zwei zufällig anwesende Ärzte bemühten sich vergeblich um ihn, ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gesetzt.

Nölting selbst hat einmal in der ihm eigenen plauderhaften Art über seine erste Berührung mit dem Sozialismus berichtet, die an ihn, den Sohn einer angesehenen Bürgerfamilie, eine besondere Anforderung an seinen Mut und seine geistige Selbständigkeit stellte. Das war in seiner Eifelfelder Gymnasialzeit. Die Gelegenheiten, bei denen der erste Funke übersprang, waren ein Streik bei den Dürkopp-Arbeitern, eine SPD-Versammlung, in der Rudolf Breitscheid sprach, und ein "Sedan-Tag", auf dem der Schüler Nölting in einem höchst unerwarteten und unerwünschten Sinne zum 100. Geburtstag Freiligraths sprach. Mit knapper Not wurde die Entfernung von der Anstalt vermieden. Nölting schrieb im Anschluss an diesen launigen Bericht:

"Man stellt es in der bürgerlichen Welt bis auf den heutigen Tag gern so hin, als ob den Anschluss an unsere Reihen nur Menschen fänden, die entweder materiell der Schuh drückt, weil sie zu den enterbten Stiefkindern des Glücks gehören, oder die

durch eigenes Verschulden in ihrer bürgerlichen Laufbahn gescheitert sind. Ich kann demgegenüber feststellen, dass mich weder ein tyrannisches Elternhaus noch materielle Not der sozialistischen Bewegung zugeführt haben. Es war mein freier Wille, ungeachtet der persönlichen Konsequenzen, die sich für mich ergaben, in den grossen Kampfbund gegen soziale Not und Unterdrückung einzutreten. Und ich habe diesen Entschluss, ohne den ich mir heute mein Leben gar nicht mehr denken könnte, zu keiner Stunde bereut."

Die wichtigsten Lebensdaten: Am 20. November 1892 in Plettenberg (Westfalen) geboren. Universitätsstudium und Beitritt zu einer sozialistischen Studentengruppe, Teilnahme am ersten Weltkrieg. 1919 Dr. rer. pol., Berufung an die Landeshochschule für Staats- und Wirtschaftswissenschaften in Detmold, 1923 - also mit 31 Jahren - Professor an der Akademie für Arbeit in Frankfurt-Main. Mitglied der SPD über die Demokratische Vereinigung, der auch Breitscheidt vor seinem Übertritt zur Sozialdemokratie angehört hatte. 1928 Mitglied des Preussischen Landtages. In den Jahren vor 1933 und nach 1945 u.a.: Generalreferent für die Wirtschaft in der Provinzialregierung Westfalen, Juni 1947 bis September 1950 Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Mitglied des Ersten Deutschen Bundestages. Nölting stand an der Spitze der Demontageabwehr im wichtigsten Wirtschaftsgebiet des Bundes.

Er war ein hochgebildeter Mann und ein Wirtschaftstheoretiker von internationalem Rang, blieb aber in der Politik immer ein Mann der Praxis. Seine Kunst, zu formulieren, die auch die sprödeste Materie elegant und oft geradezu feuilletonistisch zu umkleiden verstand, war sprichwörtlich, er war einer der gewandtesten Debatter im deutschen Parlamentarismus der Zeit vor 1933 und nach 1945. Viele werden sich noch der Überlegenen Art erinnern, in der er, kurz vor der "Machtübernahme", über den Rundfunk den nationalsozialistischen Fachmann für die "Brechung der Zinsknechtschaft", Gottfried Feder, abfertigte.

Die scharfe Klinge hat er nach dem Zusammenbruch des Hitlerreiches auch in der Auseinandersetzung mit den innerpolitischen Gegnern in der jungen Bundesrepublik zu schlagen verstanden. Wie damals vor zwanzig und mehr Jahren wirkte er auch in dieser Zeit wieder besonders auf viele junge Menschen anziehend, durch sein grosses Wissen, die lebendige Form in der Darstellung seiner Gedanken und durch die offenbare Aufrichtigkeit seiner politischen Gesinnung. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat durch seinen Tod einen neuen schweren Verlust.

Tito fünf Jahre selbständig

O.H. Die seit Wochen verzeichneten Meldungen über sich abzeichnende Schwächen und Erschütterungen im sowjetischen Machtbereich haben den Jahrestag jenes Ereignisses ganz in den Hintergrund treten lassen, das der sowjetischen Machtposition nach dem Kriege den ersten Stoss versetzte: Es sind jetzt genau fünf Jahre seit dem Abfall Jugoslawiens von Moskau verstrichen. Mit seiner Rede am 21. Juli 1948 hatte sich Tito dem vier Wochen zuvor gefassten Kominformbeschluss, der seine Politik verurteilte, widersetzt und Moskau die Stirn geboten.

Die Hoffnungen Moskaus auf einen Sturz Titos nach seinem Ausschluss aus dem Kominform haben sich nicht erfüllt. Das Gegenteil ist eingetreten. Jugoslawien hat die Schwierigkeiten der durch seine Lage notwendig gewordenen Wandlung gut überwunden und es hat nicht nur das Verständnis, sondern auch die Anerkennung des Westens gefunden, ohne die Grundprinzipien seines Systems aufzugeben.

Die Entwicklung hat Tito in vieler Hinsicht Recht gegeben: Zu dem von ihm schon vor langer Zeit eingeleiteten Abbau der landwirtschaftlichen Kollektivierung sehen sich jetzt auch die nach wie vor fest im Banne Moskaus stehenden Satellitenländer mehr und mehr gezwungen, ebenso kann Tito das Erstgeburtsrecht für verschiedene andere in den letzten Wochen in den Ländern des Ostblocks durchgeführte Lockerungen für sich in Anspruch nehmen.

Kann diese Entwicklung zu einer Milderung des Gegensatzes zwischen Jugoslawien und den Ländern des Ostblocks führen? Manche konkreten Tatsachen sprechen dafür. Das Übereinkommen mit Ungarn und Bulgarien über die Einsetzung neutraler Kommissionen zur Untersuchung der Grenzverhältnisse, das Entgegenkommen Rumäniens in der Frage der Donauschifffahrt und auch die von der Sowjetunion in der Frage

einer Revision des Statuts der Donaukommission gemachten Konzessionen deuten zweifellos auf eine Wendung hin. Schliesslich ist auch die von Tito zum Ausdruck gebrachte Meinung, dass er die gegenwärtige Schwenkung der sowjetischen Politik gegenüber dem Westen für echt halte, als Bestätigung dieser Entwicklung anzusehen. Das Übereinkommen über die Ernennung von Botschaftern in Belgrad und Moskau und damit die Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen ist ein weiterer Ausdruck

dieser Entwicklung.

Selbstverständlich bedeutet das keine neue Kehrtwendung der jugoslawischen Politik. Vielmehr scheint Tito vor allem darauf bedacht zu sein, seine Stellung zwischen Ost und West weiter auszubauen, um sich wirksam in das Spiel der Kräfte einschalten zu können. Wenn Tito jetzt die von Grossbritannien ausgegangene Initiative zu einem Gespräch mit Moskau als willkommenen Anlass nimmt, um, gestützt auf seine gute Kenntnis der sowjetischen Mentalität, vor zu weitgehenden Forderungen zu warnen, so bestätigt das nur seine in dieser Richtung konsequent betriebene Politik.

Jedenfalls haben die Entwicklung der Lage Jugoslawiens in den fünf Jahren und insbesondere die jüngsten Ereignisse in den Ländern des Sowjetblocks gezeigt, dass einerseits wirksamer Widerstand gegen das sowjetische Diktaturregime möglich ist und dass andererseits die Sowjets selbst mit einem Abtrünnigen zu reden bereit sind, wenn es im gegebenen Fall ihre Interessen gebieten.

+ + +

Die bayerische Situation vor der Wahl

K.T., München

In keinem anderen Land der Bundesrepublik sind die Wahlkämpfe so stark auf die Landesinteressen zugeschnitten wie in Bayern. Hier prallen nicht nur die verschiedenartigsten politischen Gegensätze aufeinander wie anderswo, sondern darüber hinaus ist die bayerische Innenpolitik von jeher durch zwei starke Faktoren bestimmt, die sich auch in einer Bundestagswahl bemerkbar machen. Einmal ist es die Kulturpolitik, die in Bayern noch vor der Wirtschafts- und Innenpolitik rangiert und zweitens der Föderalismus. Wenn die bisherige Koalition zwischen der SPD und CSU ohne jeden ernststen Zwischenfall geblieben ist, dann nur deshalb, weil beide Parteien es bewusst vermieden haben, die Kulturpolitik ernsthaft im Landtag zur Debatte zu stellen. Hier würden sich die Geister, die ansonsten so gut auf Landesbasis harmonieren, scheiden. Wie ist nun die politische Situation in Bayern vor den Wahlen? Was monatelang immer wieder im Brennpunkt der bayerischen Innenpolitik stand, nämlich eine Wahlgemeinschaft zwischen der CSU und der Bayernpartei, scheint nun endgültig geklärt zu sein. Beide Parteien werden den Wahlkampf getrennt führen. Kleinere Wahlsprachen auf dem

Lande fallen nichts ins Gewicht. Sowohl die Landesleitung der CSU wie auch die der Bayernpartei haben gerade in den letzten Tagen starkes Geschütz aufgeföhren und mit gewaltigem Stimmenaufwand darauf hingewiesen, "dass man mit Verrättern" nicht paktiert. Wobei nach Ansicht beider Parteien die Verräter auf beiden Seiten stehen. Ausschlaggebend für die besonders starken Angriffe der Bayernpartei gegen die CSU ist die Tatsache, dass die klerikalen Kreise in Bayern, die in der CSU ein namhaftes Wort mitreden, die Bayernpartei nach wie vor als nicht "kirchensalonfähig" halten.

Dass die SPD auch in Bayern allein ihren Wahlkampf führt, lag von vornherein auf der Hand. Sie ist sich ihrer Stärke bewusst und sie war es auch, die allen anderen Parteien den Vorschlag machte, den Wahlkampf in Bayern fair und korrekt zu führen, damit jene Begleiterscheinungen der Wahlkämpfe der dreissiger Jahre für immer unterbleiben. Die FDP, bei den letzten Wahlen nur mit Mühe die Fünf-Prozent-Klausel erreichend, hat wohl versucht, gewisse Wahlabsprachen mit rechtsstehenden Splittergruppen herbeizuföhren, wird aber im ganzen gesehen ebenfalls für sich allein kämpfen. Ob es ihr gelingen wird, auch im Bundestagswahlkampf in Bayern die Fünf-Prozent-Klausel zu erreichen, ist fraglich. Der Gesamtdeutsche Block (BHE), Koalitionspartner der CSU-SPD in Bayern, hat auch hier in letzter Zeit starke nationalistische Töne angeschlagen und erhofft sich damit einen Stimmenaustausch für die verloren gegangenen Wähler, die in der Zwischenzeit zur SPD oder CSU abgewandert sind. Ohne jede Chance ist die KPD in Bayern. Hier spricht einmal die bayerische Mentalität mit und zum anderen grenzt Bayern an die Ostzone und erlebt aus erster Hand, welche Bewandnis es mit dieser Partei hat.

Alles in allem kann gesagt werden, dass in Bayern der Wahlkampf zu einer Machtprobe zwischen SPD und CSU wird und dass der Ausgang so oder so jeweils nur immer einen geringen Vorsprung für eine der beiden Parteien bringen wird.

Verantwortlich: Peter Raunau